



Deutschland im Reisefieber

Wirtschaftsfaktor Tourismus. Die Deutschen verreisen für ihr Leben gern und auch die Bundesrepublik selbst ist ein attraktives Urlaubsziel. Kein Wunder, dass sich die Tourismusbranche zu einer tragenden Säule der deutschen Volkswirtschaft entwickelt hat.

Endlich Sommerferien! In Berlin können schulpflichtige Kinder und Jugendliche bereits seit der vergangenen Woche faulenzten. Bis Ende Juli folgen die anderen 15 Bundesländer nach – in Bayern, wo die Sommerferien zuletzt starten, endet

die schulfreie Zeit sogar erst am 11. September. Damit erstreckt sich die Sommerferienperiode, in der mindestens ein Bundesland urlaubt, über ganze zwölf Wochen.

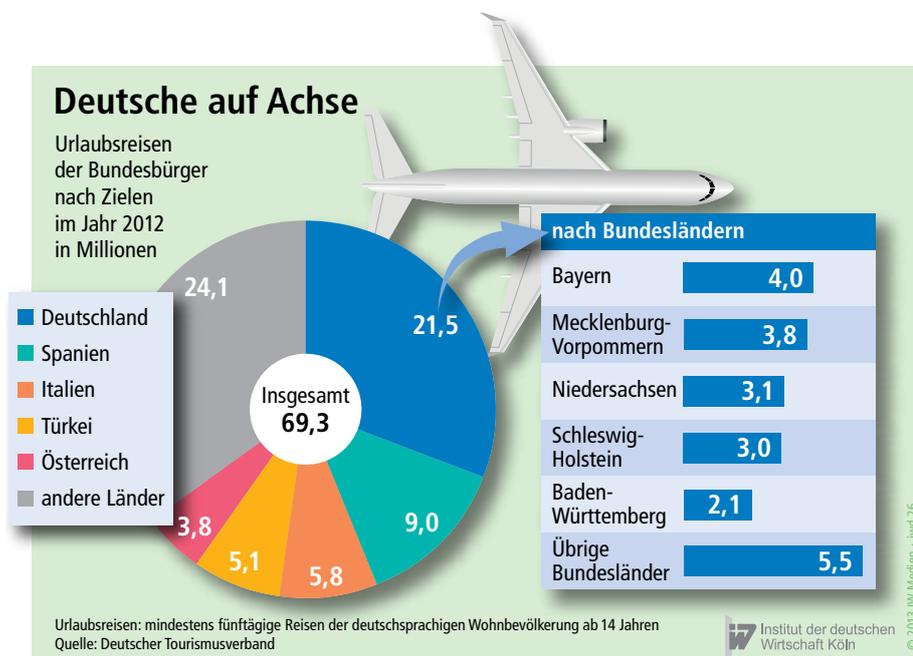
Wie jedes Jahr werden auch in diesem Sommer Millionen von Bun-

desbürgern das Weite suchen. Und da die Deutschen nicht nur in der warmen Jahreszeit auf Achse sind, kommen sie zwischen Januar und Dezember auf eine stattliche Anzahl an Reisen (Grafik):

Im Jahr 2012 machten sich die Deutschen fast 70 Millionen Mal zu einer mindestens fünftägigen Reise auf den Weg.

Noch beliebter sind kürzere Auszeiten von zwei bis vier Tagen: Annähernd 75 Millionen Kurztrips haben die Deutschen im vergangenen Jahr unternommen.

Das beliebteste Reiseziel der Bundesbürger ist übrigens ihr Heimatland: Fast jeder dritte längere Urlaub findet im Inland statt, wobei vor allem Bayern und Mecklenburg-Vorpommern gefragte Ferienregionen sind. Doch auch der Städtourismus boomt. Berlin verzeichnete 2012 mit fast 25 Millionen Übernachtungen einen neuen Besucherrekord (plus 11,4 Prozent), zu dem 6,8 Millionen Gäste aus dem Inland und 4,1 Millionen Touristen aus dem Ausland beitrugen. →



Inhalt

Arbeitsentgelte. Fast jeder zweite Arbeitnehmer kann sich über Urlaubsgeld freuen. Dabei sind tarifgebundene Firmen großzügiger als andere.
Seite 3

Verteilung. Obwohl in der öffentlichen Diskussion häufig anders dargestellt, steht Deutschland in den meisten ökonomischen Feldern besser da als das Gros der Industrieländer.
Seite 4-5

Litauen. Am 1. Juli übernimmt das Land den halbjährlich wechselnden Vorsitz im Rat der EU.
Seite 6

Paketdienste. Heute online bestellt, morgen geliefert. Hinter dem Einkauf vom heimischen Sofa aus steckt eine ausgefeilte Logistik.
Seite 7

Schlösser. An immer mehr deutschen Brücken hängen Liebesschlösser. Die Metallindustrie macht dieser Brauch erfinderisch.
Seite 8

→ An Berlin lässt sich besonders gut illustrieren, welchen Stellenwert die Tourismusbranche in Deutschland mittlerweile hat. In der Hauptstadt gibt es aktuell mehr als 15.000 Ferienwohnungen, rund 800 Hotels und Pensionen sowie zwölf Campingplätze und drei Jugendherbergen. Hinzu kommen unzählige Restaurants und Cafés, Museen, Boutiquen und Clubs, die zwar hauptsächlich von Berlinern besucht werden, aber eben auch Touristen anlocken und so für zusätzlichen Umsatz sorgen.

Wie viel der Tourismus in Deutschland zur heimischen Wertschöpfung beiträgt, hat das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) erstmals 2012 untersucht. Dabei wurden sowohl Privat- als auch Geschäftsreisen erfasst (Grafik):

In- und ausländische Touristen gaben 2010 insgesamt rund 278 Milliarden Euro in Deutschland aus – und trugen damit rund 11 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Der größte Teil des touristischen Konsums – rund 87 Prozent – entfällt auf die inländischen Besucher. Sie machten 2010 rund 242 Milliarden Euro für Flüge, Übernachtungen, Restaurantbesuche und

Museumseintritte in Deutschland locker. Ausländische Touristen kamen auf knapp 37 Milliarden Euro, das waren 13 Prozent des touristischen Gesamtumsatzes.

Relativ gering ist auch der Beitrag der Geschäftsreisenden: Sie tragen im Schnitt 21 Prozent zu den Tourismusausgaben bei, Privatreisende hingegen 79 Prozent.

Das meiste Geld geht für die Mobilität drauf: Fast 68 Milliarden Euro gaben die Deutschlandreisenden zuletzt für Flüge, Eisenbahntickets, Leihfahrräder und Mietfahrzeuge sowie den erforderlichen Treibstoff aus. Viel Geld ließen sich die Urlauber auch ihre Shoppingtoure zwischen Rostock und Rosenheim kosten – nämlich stolze 63 Milliarden Euro. Weitere 50 Milliarden Euro wendeten die Touris für Verpflegung auf, knapp 27 Milliarden Euro zahlten sie für ein Bett in der Fremde.

Schwaben in Berlin und Asiaten in Oberammergau kurbeln jedoch nicht nur den Umsatz an, die Reisenden schaffen auch Arbeitsplätze:

Laut BMWi waren in Deutschland 2010 fast drei Millionen Menschen oder 7 Prozent aller Erwerbstätigen direkt im Tourismus beschäftigt.

Die Tourismusbranche hat also nicht nur in klassischen Urlaubsländern wie Spanien und Griechenland eine große volkswirtschaftliche Bedeutung, sondern auch in der Bundesrepublik. Das gilt erst recht, wenn man auch noch die Erwerbstätigen berücksichtigt, die indirekt am touristischen Konsum teilhaben wie etwa Landwirte oder Wäschereibesetzte: Zählt man sie hinzu, kommt man insgesamt auf 4,9 Millionen Erwerbstätige, die hierzulande vom Fremdenverkehr leben. Anders gesagt: Jeder achte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt vom Tourismus ab.

Die meisten dieser Erwerbstätigen arbeiten im Gaststättengewerbe (1,1 Millionen), im Beherbergungsgewerbe (0,8 Millionen) sowie in Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen (0,5 Millionen).

IW Consult: Neue Dependence in München

Die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH eröffnet am 1. Oktober 2013 ein Büro in München. Mit der Niederlassung reagiert die IW Consult auf die wachsende Bedeutung regionalpolitischer Fragen für Bayern. Denn die dortigen ländlichen Regionen mit ihrer starken industriellen Prägung stehen aufgrund der demografischen Entwicklung und des wirtschaftlichen Strukturwandels vor schwierigen Herausforderungen. Die IW Consult erarbeitet dazu für Unternehmen, Politik, Verwaltungen und Verbände konkrete Ansätze zur Problemlösung. Gleichzeitig wird das Münchner Büro im Haus der Bayerischen Wirtschaft die Sichtbarkeit des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln an diesem Standort erhöhen und als IW-Repräsentanz dienen. Weitere Informationen: Dr. Karl Lichtblau, Telefon: 0221 4981-759



Was die Urlaubskasse füllt

Arbeitsentgelte. Ob jemand viel oder wenig Urlaubsgeld kassiert, lässt keinen Schluss auf seine gesamte Entlohnung zu. Denn die Struktur von Grundgehalt und Sonderzahlungen ist je nach Branche sehr unterschiedlich.

In der Urlaubszeit kann sich fast jeder zweite Arbeitnehmer über eine Extrazahlung freuen. Dies zeigt eine Online-Befragung von mehr als 20.000 Beschäftigten durch die Hans-Böckler-Stiftung. Dabei sind die tarifgebundenen Firmen großzügiger – dort bekommen 59 Prozent der Mitarbeiter Urlaubsgeld, in den übrigen Betrieben nur 35 Prozent.

Doch auch bei den tariflich Beschäftigten sind die Unterschiede groß (Grafik). Im Bankgewerbe sowie im öffentlichen Dienst beispielsweise erhalten die Mitarbeiter kein gesondertes Urlaubsgeld. Die Metall- und Elektro-Industrie sowie die Papier und Pappe verarbeitende Industrie legen jeweils 50 Prozent des Gehalts, auf das die Beschäftigten während ihrer 30 Urlaubstage Anspruch haben, als Extra oben drauf.

Eine Fachkraft mit abgeschlossener Berufsausbildung und Berufserfahrung bekommt in der M+E-Industrie je nach Tarifregion bis zu 2.152 Euro Urlaubsgeld – durch Zu-

schläge für Mehrarbeit sind sogar noch höhere Beträge möglich.

Die chemische Industrie und viele andere Branchen gewähren ihren Mitarbeitern keinen festen Prozentsatz vom Gehalt, sondern eine fixe Summe von 20,45 Euro pro Tag. Damit kommt eine Vollzeitkraft bei 30 Urlaubstagen auf rund 614 Euro.

Wer beim Urlaubsgeld stiefmütterlich behandelt wird, kassiert dafür oft eine relativ üppige Jahressonderzahlung, spricht: Weihnachtsgeld. Die Banken etwa zahlen in der Regel ein volles Monatsgehalt, im öffentlichen Dienst gibt es bis zu 90 Prozent des Monatslohns. Davon können viele Beschäftigte im Handwerk allerdings nur träumen – so erhalten Friseur in Nordrhein-Westfalen weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld.

Letztlich ist für die Beschäftigten jedoch entscheidend, was insgesamt auf dem Gehaltszettel steht. Rechnet man die Sonderzahlungen auf einen monatlichen Betrag um und addiert dies zum Grundgehalt, ergibt sich folgendes Branchenbild:

In der Industrie, im Finanzsektor sowie im westdeutschen Bauhauptgewerbe bekommen beruflich qualifizierte und erfahrene Fachkräfte – die sogenannten Ecklöhner – die höchsten Bruttomonatsgehälter, nämlich mehr als 3.000 Euro.

Die Mitarbeiter des Einzelhandels finden sich im Mittelfeld wieder, am wenigsten zahlt das Friseurhandwerk. Dort haben die Tarifparteien allerdings vor kurzem bundesweite Mindestlöhne vereinbart, die vor allem die Monatsentgelte für Friseur in Ostdeutschland kräftig steigen lassen werden.

Grundgehalt ist nicht alles

Bruttoarbeitsentgelt je Monat in Euro

		Maximales tarifliches Grundentgelt für Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung und Berufserfahrung	Urlaubs-	Jahres-	Insgesamt
			geld	sonder-	
			auf monatliche Zahlung umgerechnet		
Metall- und Elektro-Industrie	Nordwürttemberg/Nordbaden	3.119	179	143	3.441
	Sachsen	2.779	160	116	3.054
Chemische Industrie	Nordrhein	3.104	51	246	3.401
	Ost	2.948	51	160	3.159
Banken	West und Ost	2.817	0	235	3.052
Bauhauptgewerbe	West	2.796	94	125	3.014
	Ost	2.551	87	0	2.638
Deutsche Post	West und Ost	2.507	28	209	2.744
Öffentlicher Dienst (Gemeinden)	West und Ost	2.509	0	188	2.697
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	Westfalen	2.277	131	180	2.588
	Ost	2.267	130	179	2.577
Einzelhandel	NRW	2.248	94	117	2.459
	Ost	2.214	83	96	2.393
Gebäudereinigerhandwerk	West	2.186	60	0	2.246
	Ost	1.768	48	0	1.816
Hotels und Gaststätten	Bayern	1.982	20	83	2.085
	Sachsen	1.555	16	42	1.613
Friseurhandwerk	NRW	1.326	0	0	1.326
	Sachsen	615	11	10	636

Stand: Juni 2013; Grundentgelt: ohne Zuschläge, z.B. für Sonn- und Feiertagsarbeit
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · IWD 26

Wie gerecht ist Deutschland?



I. Vermögen: Was die Mittelschicht besitzt

Das Nettovermögen der Mittelschicht besteht nicht nur aus „Oma ihr klein Häuschen“, sondern auch aus Geldvermögen, Bausparguthaben und Versicherungen.

Bruttovermögen	96.172
davon:	
Immobilienvermögen	67.210
davon:	
selbstgenutzt	56.422
fremdgenutzt	10.788
Geldvermögen	10.043
Bausparguthaben	3.336
Versicherungen	11.421
Betriebsvermögen	4.162
Schulden	14.736
davon:	
Hypotheken	12.592
Konsumentenkredite	2.144
Nettovermögen	81.436

Durchschnittswerte je Erwachsenen im Jahr 2009 in Euro

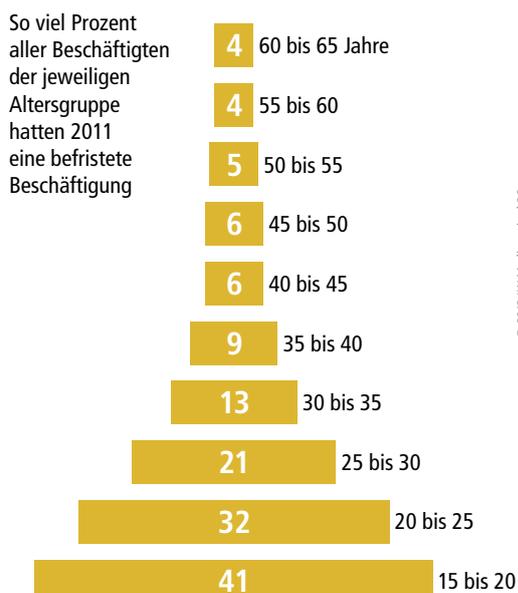
Mittelschicht: 80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens; Einkommensgruppen auf Basis bedarfsgewichteter Nettoeinkommen pro Kopf; Medianeinkommen: der Einkommenswert, der die Bevölkerung in eine Hälfte mit höheren und eine Hälfte mit niedrigeren Einkommen teilt
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 26

II. Befristete Arbeitsverträge: Vorübergehendes Phänomen

Befristungen sind bei jungen Leuten durchaus üblich. Doch je älter und erfahrener die Beschäftigten werden, desto seltener haben sie einen befristeten Job.



Beschäftigte: ohne Auszubildende
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

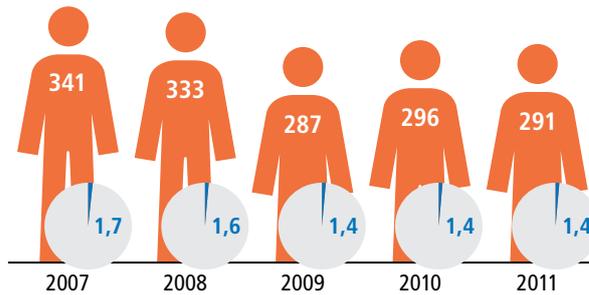
© 2013 IW Medien - iwd 26

III. Vollzeitarbeitnehmer: Kein Fall für Hartz IV

■ in Prozent aller Vollzeitbeschäftigten

Dass auch immer mehr Vollzeitbeschäftigte von ihrer Arbeit angeblich nicht leben können, ist schlichtweg falsch. Die Zahl der sogenannten Aufstocker – also Vollzeitbeschäftigte, die zusätzlich Hartz-IV-Leistungen bekommen – ist in den vergangenen Jahren sogar um 50.000 zurückgegangen.

Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte, die Arbeitslosengeld II beziehen, in 1.000



Vollzeitbeschäftigte: ohne Auszubildende; Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 26

V. Grundsicherung: Im Alter eher selten

In Deutschland gibt es für alle Menschen, die kein oder nur ein geringes Einkommen haben, eine Grundsicherung. Bei Langzeitarbeitslosen beispielsweise ist das Hartz IV, bei Rentnern die Grundsicherung im Alter. Der Anteil der Ruheständler, die auf Grundsicherung angewiesen sind, lag 2011 bei 2,6 Prozent – von der übrigen erwachsenen Bevölkerung bekamen 8,5 Prozent Hartz IV.

Angaben für 2011

- davon: Bezieher von Grundsicherungsleistungen im Alter
- Anteil in Prozent

Altersrentner ab 65 Jahren



Rentner mit Erwerbsminderung



Anteil der Bezieher von Grundsicherung an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in Prozent, 2011



Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

Grundsicherung: dazu gehören ein Regelsatz in Höhe von 364 Euro (2011), zusätzlich angemessene Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, eventuell Mehrbedarfe zum Beispiel im Fall einer Gehbehinderung sowie die Übernahme von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen, Zusatzbeiträgen und Vorsorgebeiträgen; Rentner: nur Bezieher gesetzlicher Renten mit Wohnort im Inland; Erwerbsminderung: nur dauerhafte erwerbsgeminderte Rentner
Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 26

IV. Aufstiegsmobilität: Viele arbeiten sich hoch

Von 100 Personen, die 2010 dem untersten Einkommensfünftel angehörten, waren ein Jahr später 33 in ein höheres Fünftel aufgestiegen. Umgekehrt sind aus höheren Einkommensfünfteln nur 5 von 100 Personen ganz nach unten abgestiegen.

2011 Höheres Einkommensfünftel



2010 Unterstes Einkommensfünftel

2010 Höheres Einkommensfünftel

2011 Unterstes Einkommensfünftel



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 26



Broschüre
**Wie gerecht ist Deutschland?
Vorurteile und Fakten**

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln 2013, 30 Seiten, mit zahlreichen Grafiken und Tabellen, 21 x 42 cm – 21 Euro
14,8 x 29,7 cm – 7,80 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Rasanter Aufstieg nach tiefem Fall

Litauen. Am 1. Juli übernimmt das Land den halbjährlich wechselnden Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Ökonomisch hat sich Litauen schnell aus der Krise herausgekämpft.

Der drei Millionen Einwohner zählende Baltenstaat ist seit 2004 EU-Mitglied und übernimmt zum ersten Mal den Ratsvorsitz. Besonders wichtig wird sein, die Verhandlungen über den Finanzrahmen der EU für 2014 bis 2020 sowie die gut 70 Begleitgesetze zu verabschieden.

Von allen EU-Ländern war Litauen mit am stärksten von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen:

Das Bruttoinlandsprodukt brach 2009 real um fast 15 Prozent ein. Doch schon im Jahr darauf gelang es dem Ostsee-Anrainer, das Ruder herumzureißen.

Wenn die Annahme der Europäischen Kommission zutrifft – für dieses und nächstes Jahr wird ein Wachstum von jeweils gut 3 Prozent prognostiziert –, dürfte das BIP 2014 den Vorkrisenstand übertreffen.

Außenwirtschaft. Der Aufstieg aus dem Tal der Tränen gelang vor allem wegen des Wachstums der Exporte auf 23 Milliarden Euro im Jahr 2012. Gegenüber dem Jahr 2009 war das ein Anstieg um 96 Prozent. Da-

bei profitierte die Ausfuhrdynamik von der guten wirtschaftlichen Entwicklung der Haupthandelspartner – darunter Deutschland, Polen und Russland. Auf diese drei Länder entfallen etwa ein Drittel der litauischen Exporte.

Inzwischen haben auch die Warenimporte wieder angezogen. Mit 24 Milliarden Euro lagen sie 2012 auf Vorkrisenniveau.

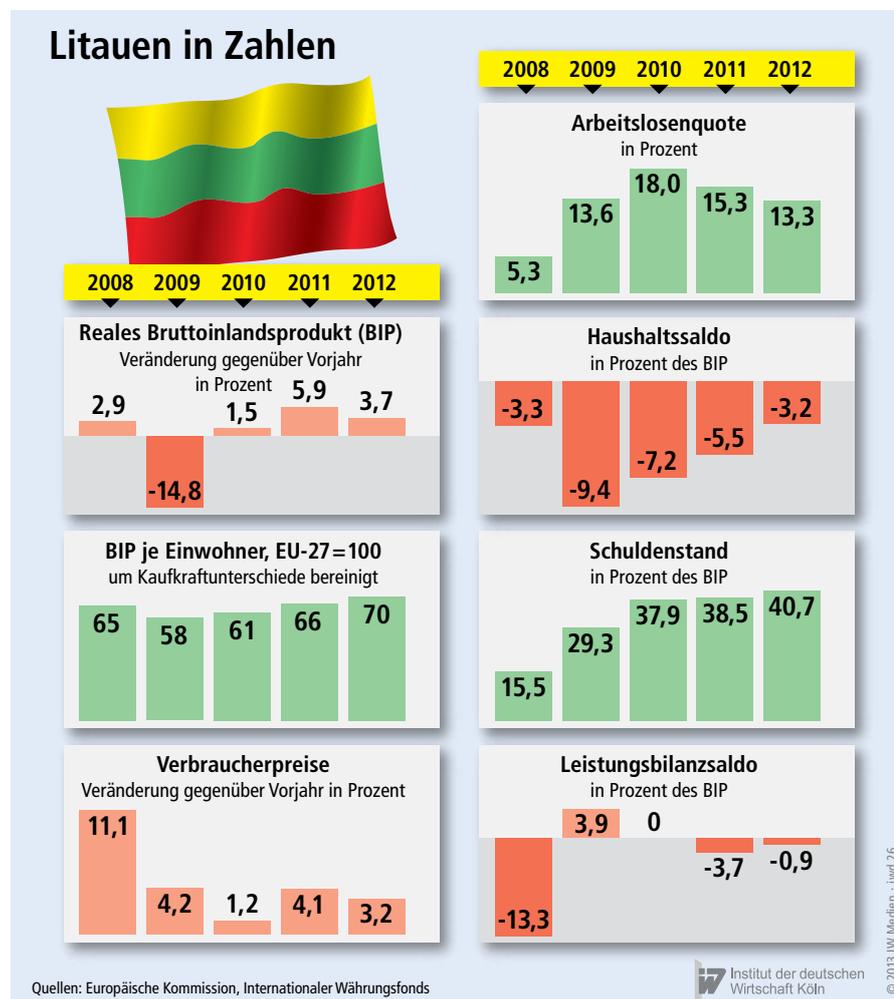
Arbeitsmarkt. Durch die Krise verdreifachte sich die Arbeitslosenrate von 2008 bis 2010 auf 18 Prozent (Grafik). Zwar geht die Quote zurück, trotzdem rechnet die Kommission für 2013 mit einer Arbeitslosigkeit von fast 12 Prozent.

Besonders schlecht ist die Situation arbeitssuchender Jugendlicher:

Bei den unter 25-Jährigen war die Arbeitslosenquote 2012 mit 26 Prozent nahezu doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Altersgruppen.

Staatsverschuldung. Das Haushaltsdefizit, das 2009 gut 10 Prozent des BIP erreichte, ist inzwischen deutlich zurückgegangen. Für 2013 wird mit einem Wert knapp unter der Maastricht-Grenze von 3 Prozent gerechnet. Der staatliche Schuldenberg ist von fast 16 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2008 auf zuletzt fast 41 Prozent gewachsen. Das ist zwar eine der niedrigsten Schuldenquoten in der EU und unter der erlaubten Marke von 60 Prozent, dennoch macht das Tempo der Schuldenzunahme Sorgen.

Als Anerkennung für die insgesamt positive ökonomische Entwicklung hat die Ratingagentur Fitch Anfang April das langfristige Rating von BBB auf BBB+ hochgesetzt.



Hunderttausend Postboten 2.0

Paketdienste. Heute online bestellt, morgen geliefert. Hinter dem Einkaufen per Mausclick steckt eine ausgefeilte Logistik der Paketdienste.

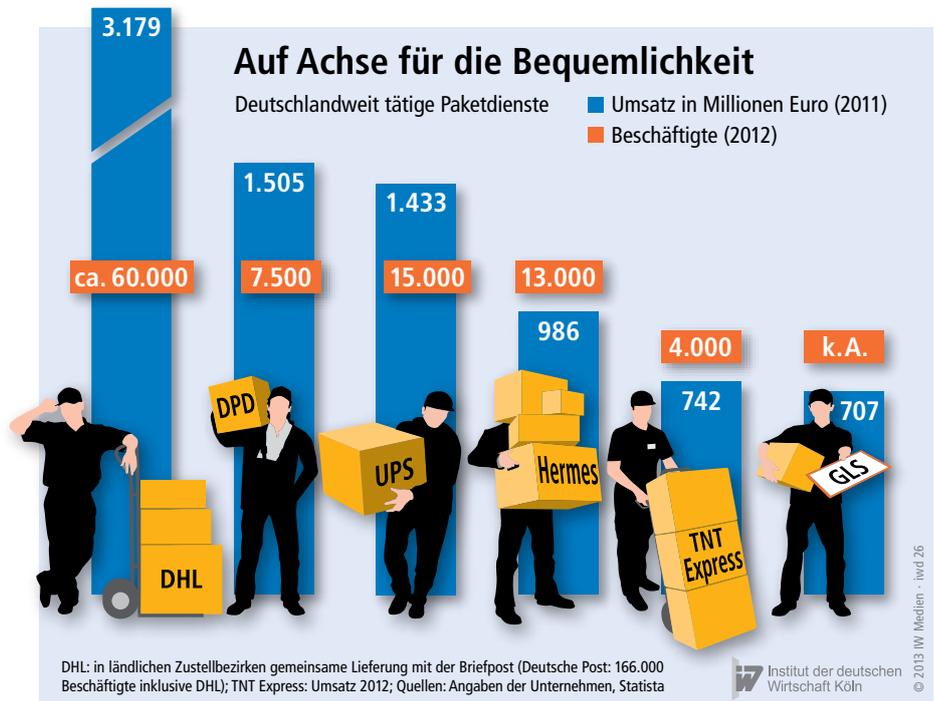
Lange Zeit war die Masse der Privatpakete zu Weihnachten die größte Bewährungsprobe für den Paketversand, der damals noch überwiegend von der Deutschen Post abgewickelt wurde. Zwar gab es vor dem Internetzeitalter auch einen Katalogversandhandel, dessen Größe war allerdings überschaubar.

Durch das Internet und den Online-Handel kam der Stein richtig ins Rollen. Mit jedem Einkaufs-Mausclick wuchs der Boom der Paketdienstleister. Mittlerweile schicken sechs Unternehmen ihre Lieferwagen durchs Land (Grafik).

DHL, DPD und die übrige Konkurrenz beschäftigten zuletzt zusammen mehr als 100.000 Mitarbeiter.

Hinzu kommen die selbstständigen Zusteller und Angestellte von Subunternehmen, die von den Paketdiensten allerdings unterschiedlich stark eingesetzt werden. So bringen für DHL gerade mal in 3 Prozent der Zustellbezirke Subunternehmer das Paket zur Haustür, während die kleineren Konkurrenten DPD und GLS praktisch ausschließlich mit Subunternehmern arbeiten.

Wettbewerber UPS setzt überwiegend auf eigene Fahrer und liefert hauptsächlich an Geschäftskunden, die für eine zuverlässige Expresslieferung höhere Preise zahlen. Der Marktführer DHL kann dagegen als Tochter der Deutschen Post in ländlichen Regionen auf die Briefzusteller der Muttergesellschaft zurück-



greifen. Das verringert den Fahrtaufwand je Paket.

Dies ist ein bedeutender Vorteil, denn etwa die Hälfte der Kosten des Paketversands entsteht durch „die letzte Meile“ zum Kunden. Wird der Kunde beim ersten Versuch nicht angetroffen, gibt es je nach Region und Unternehmen entweder einen zweiten Versuch oder die Sendung wird in einem Shop oder einer Paketstation hinterlegt. Dort kann der Kunde sie dann selbst abholen.

Durch die 24-Stunden-Verfügbarkeit und die automatische Ausgabe bieten Paketstationen Vorteile für Kunden wie Unternehmen und werden daher zunehmend eingesetzt. Bei der innerstädtischen Zustellung nutzen die Unternehmen teilweise bereits auch Gas- und Elektrofahrzeuge, um so die Emissionen und Spritkosten zu senken.

Der Paketboom ist selbstverständlich nicht auf Deutschland beschränkt:

Europaweit wurden im Jahr 2011 etwa 5,5 Milliarden Sendungen durch Paketdienste zugestellt – 2013 werden es bereits fast 7 Milliarden sein.

Auch dieser Zuwachs ist dem Boom des Online-Handels zuzuschreiben. Europäischer Spitzenreiter ist dabei Frankreich mit einem Umsatz von derzeit jährlich mehr als 40 Milliarden Euro. Es folgen Deutschland und Großbritannien mit jeweils ungefähr 33 Milliarden Euro. Zwar sind die Zuwachsraten in Westeuropa immer noch zweifelhaft, doch die Tendenz ist rückläufig. In Osteuropa hingegen hat der Siegeszug des Online-Handels erst begonnen, der Markt wächst teilweise jährlich um ein Drittel.

So zum Beispiel in Russland: Für 2015 wird mit doppelt so hohen Umsätzen im Online-Handel gerechnet wie noch 2011. Damals generierte der Handel im Web weniger als 2 Prozent des russischen Einzelhandelsumsatzes.

Wo die Liebe hängt

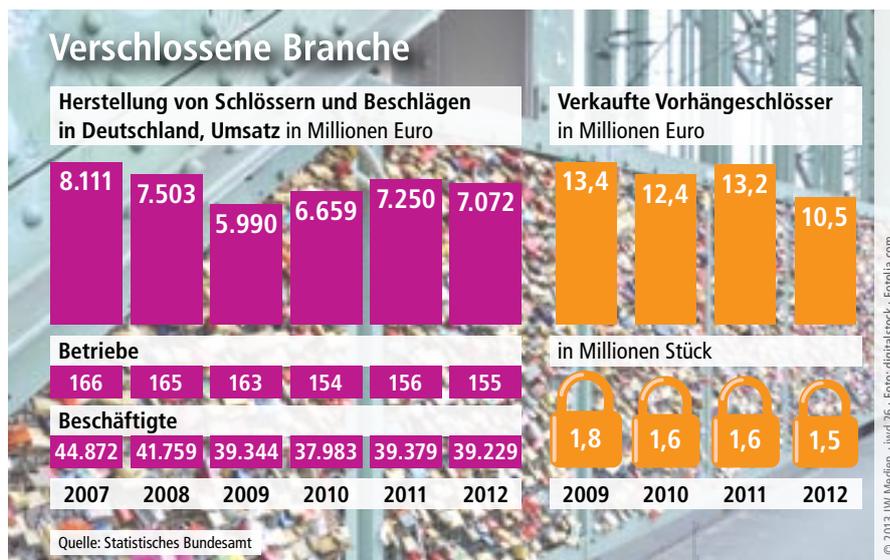
Schlösser. An immer mehr Brücken in Deutschland hängen Liebesschlösser – kleine Vorhängeschlösser als Symbol ewiger Verbundenheit. Nicht alle Städte freut das, die Metallindustrie macht dieser Brauch aber erfinderisch.

Kathrin & Andreas, Isabell & Lukas, Olivia & Antonio – sie alle haben zum Beweis ihrer Liebe Schlösser an die Geländer der Hohenzollernbrücke in Köln gehängt. „4ever“, „per sempre“, „für immer“.

Die genaue Herkunft dieses Brauchs ist unklar. Wahrscheinlich stammt er aus Italien. Absolventen der Sanitätsakademie in Florenz sollen am Ende ihrer Ausbildung die Vorhängeschlösser ihrer Spinde am Ponte Vecchio befestigt haben. Dieses Ritual wurde wohl von Liebenden übernommen.

Mittlerweile finden sich die Liebesschlösser ebenso in Paris, Moskau, New York und vielen anderen Städten – seit 2008 auch in Köln.

Adressaufkleber



In Berlin dagegen ist der Liebesschwur verboten. Denn Messingschlösser rosten und können die eisernen Brücken beschädigen. Außerdem, sagt man in Berlin, störten die Schlösser den optischen Eindruck.

Die Metallbranche ist schon längst auf den Brauch aufmerksam geworden. Das Familienunternehmen Abus aus Wetter an der Ruhr – Weltmarktführer bei Vorhängeschlössern – bietet mittlerweile sechs verschiedene Modelle an. Am besten verkauft sich ein rostfreies, rotes Aluminiumschloss, das deutlich leichter ist als eines aus Messing.

Für Kurzentschlossene, die keine Zeit mit individuellen Gravuren wie Namen und Hochzeitsdatum vergeuden wollen, bietet der westfälische Schlosshersteller Burg-Wächter farbige Schlösser. Diese können mit einem speziellen Stift direkt selbst beschrieben werden. Offenbar eine gute Idee, denn nach eigenen

Angaben verkaufte das Unternehmen 2012 gut 40 Prozent mehr dieser Schlösser als im Jahr davor.

Der Anteil der Liebesschlösser am Gesamtumsatz der Unternehmen ist nur ein kleiner – wie klein, dazu machen die Hersteller keine Angaben. Immerhin haben die deutschen Firmen laut Statistischem Bundesamt 2012 weltweit mehr als 1,5 Millionen Vorhängeschlösser verkauft – ein lohnendes Geschäft (Grafik).

Für die Deutsche Bahn sind die schätzungsweise 200.000 Liebesschlösser an der Hohenzollernbrücke in Köln kein Problem – weder optisch noch statisch. Bei einem Gesamtgewicht der Brücke von mehr als 70.000 Tonnen seien die Schlösser nicht der Rede wert – so lange sie die Wartungsarbeiten nicht behinderten und nicht auf den Gehweg oder in den Gleisbereich hineinragten.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistentin: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.